

Antwort auf drei Fragen des „Stadtblatt Winterthur“ 23.12.08

1) Soll der Staat korrektiv in die wirtschaftlichen Prozesse eingreifen können?

Ruedi Winkler: Wirtschaftliche Prozesse sind an sich instabil und Märkte geraten ohne bestimmte Regelungen und Korrekturen ins Ungleichgewicht, weil die MarktteilnehmerInnen, also die Menschen, zu Übertreibungen und Herdenverhalten neigen und selbstverständlich oft irrational entscheiden. Die Finanzkrise ist nur ein extremes Beispiel. Zudem ist der Markt „sozial blind“, Verteilungsfragen kann er gar nicht beachten und am Markt hängt das „Stimmrecht“ von der Menge Geld ab, über das jemand verfügen kann. Aus dieser kurzen Beschreibung geht klar hervor, dass der Staat eingreifen muss. Er soll dies wenn immer möglich vorausschauend, aber wenn nötig auch einmal im Nachhinein korrigierend oder noch Schlimmeres verhindernd, wie jetzt, tun. Und es soll nicht mehr als nötig eingreifen und möglichst geschickt.

2) Betrachten Sie John Maynard Keynes als Retter des Kapitalismus? Mit anderen Worten: Kann der Staat den Kapitalismus reparieren?

R.W.: Der Staat sollte den Kapitalismus zum Funktionieren bringen und seine Gefahren, vor allem die der starken Schwankungen und der ungleichen Verteilung verhindern oder korrigieren. Keynes hat das gewollt, seither ist einige Zeit vergangen und es ist nicht verboten, auch die Lehren aus der jüngeren Zeit in eine Wirtschaftspolitik miteinzubeziehen. Interessant sind dabei sowohl die nordischen Länder wie z.B. Schweden und Dänemark aber auch die asiatischen Länder. Von allen könnte man etwas lernen und alle bedienen sich natürlich in den Grundzügen immer wieder auch der Theorien von Keynes. Aber man weiss in der Zwischenzeit z.B. dass dem Sparen des Staates in Zeiten guter Wirtschaftslage in Demokratien aus politischen Gründen sehr enge Grenzen gesetzt sind. Da war Keynes zu optimistisch und so ist vermutlich der Weg, der jetzt begangen wird, nämlich sich in der Krise zu verschulden der gangbarere. Der Druck zur Rückzahlung der Schulden kommt nachher vielleicht eher zustande.

3) Geht es nach der Finanzkrise weiter wie vor der Krise oder muss ein neuer Weg eingeschlagen werden?

R.W.: Die Finanzkrise hat abrupt die während den letzten ca. dreissig Jahren fanatisch vertretene Ideologie des sogenannten Neoliberalismus aus schierer Not weggefegt. Bildhaft wird das bei der Regierung Bush, ist aber in praktisch allen Ländern so. Das Problem ist, dass in den letzten ca. dreissig Jahren in der Ökonomie eine absolute Inzucht betrieben wurde, wer nicht überzeugter Marktideologe war, kam schon gar nicht zu einem Lehrstuhl oder sonst an eine meinungsbildende Stelle als Ökonomin. All diese Leute werden versuchen, ihr arg gebeuteltes Lieblingskind zu überwintern und wenn es dann wirtschaftlich wieder besser läuft, kriechen sie mit dem Flankenschutz der Wirtschaftsverbände mit Garantie wieder aus den Löchern. Ob aus den jetzt und in nächster Zeit ablaufenden Ereignissen längerfristig gelernt wird ist demzufolge vor allem eine Frage der Reaktion der Nicht – Ökonominnen und allenfalls einer neuen Generation von Ökonominnen und PolitikerInnen.

Ruedi Winkler